

Uwe Möller

Mitglied, Club of Rome (Secretary General 1998 – 2007)
Präsidium, Deutsche Gesellschaft Club of Rome, Hamburg

ALLE WOLLEN WACHSTUM! – WOHER SOLL ES KOMMEN?

1. *Wirtschaftswachstum gilt als unverzichtbare Grundlage für Wohlstand und Beschäftigung.* Gemessen wird es als Zunahme des realen Brutto-Inlandsprodukt (BIP). Dieses umfasst die Summe aller in einem Jahr der Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Güter und Dienstleistungen. Die folgenden Zahlen zeigen, welche *Wirtschaftssektoren mit wie viel Beschäftigung zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung* beitragen und wofür diese verwendet wird:

Anteile 2008 in %	Brutto-Wertschöpfung (2.234 Mrd. €)	Beschäftigung (39,8 Mio)
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,9	2,1
Produzierendes Gewerbe	25,5	19,9
Baugewerbe	4,2	5,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	17,7	24,9
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen	29,4	17,4
Öffentliche und private Dienstleistungen	22,0	30,2

Anteile 2008 in % vom *Brutto-Inlandsprodukt* (2.491 Mrd. €)

Konsum	74,5
Private Konsumausgaben	56,4
Konsumausgaben Staat	18,1
Brutto-Anlageinvestitionen	19,2
Ausrüstungen	7,9
Bauten	10,0
Sonstige	1,2
Inländische Verwendung	93,7
Ausfuhren	47,3
Einfuhren	41,0

Land-, Forstwirtschaft und Fischerei sowie das produzierende Gewerbe (einschl. Baugewerbe) sind nur noch mit ca. 30 % an der *Wertschöpfung* und mit ca. 27 % an der Beschäftigung beteiligt (1991 lag der Beschäftigungsanteil noch über 40 %). Es überwiegen damit eindeutig die Dienstleistungen.

Bei der Verwendung fällt der - im internationalen Vergleich - *geringe Anteil des privaten Konsums* auf mit nur 56,4 % am BIP. Relativ gering mit nur 7,9 % sind auch die *Ausrüstungsinvestitionen*, obgleich Deutschland über eine hoch entwickelte und breit gefächerte Investitionsgüterindustrie verfügt. Diese ist jedoch, wie die deutsche Industrie insgesamt, sehr stark weltmarkt- und export-orientiert: so 2008 fanden 47,3 % aller in Deutschland erstellten Güter und Dienstleistungen *Absatz auf Auslandsmärkten*. Der Hauptanteil an den Ausfuhren lag dabei mit 85 % bei den Gütern. Der „Abfluss“ an Gütern und Dienstleistungen wurde durch den Importanteil am BIP von 41 % nicht ausgeglichen, so dass zur inländischen Verwendung nur 93,7 % des BIP zur Verfügung standen: ein Kontrastprogramm zu den USA mit ihrer starken Konsumorientierung, die bereits seit längerem zu einem Importüberschuss in der Größenordnung von 5 – 7 % des BIP führt, finanziert durch Kapitalzuflüsse aus dem Ausland mit der Folge einer rapide anwachsenden Auslandsverschuldung. Der deutsche Außenhandelsüberschuss

2008 mit 178 Mrd. € ermöglichte dahingegen erhebliche finanzielle Engagements im Ausland (die Kapitalbilanz zeigte insgesamt einen Abfluss von 205 Mrd. €). Darunter waren, wie sich inzwischen gezeigt hat, viele Finanzanlagen mit risikoreichem spekulativem Charakter, die mit zu den Verwerfungen an den Finanzmärkten beigetragen haben.

Die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gründet sich wesentlich auf das Angebot technologisch spezialisierter und qualitativ hochwertiger Industrieprodukte auf den Auslandsmärkten. Das ist jedoch nur dadurch möglich, dass die deutschen Unternehmen einen Großteil der Vorprodukte preisgünstig im Ausland einkaufen bzw. dort auch durch Tochtergesellschaften produzieren lassen. Ein erheblicher Teil der Wertschöpfung findet damit im Ausland statt - aufgrund der engen Integrationsverflechtung besonders in der EU. Das gilt vor allem für den Fahrzeugbau und die Chemie, zwei der wesentlichen Industrie-Export-Träger (z. B. VW-Motoren aus Ungarn). Nur noch die „Veredlungswertschöpfung“ findet wesentlich in Deutschland statt. Aufgrund dieser Arbeitsteilung ist daher auch die Einfuhrquote mit 41,0 % am BIP entsprechend hoch. In der EU erzielt der Warenhandel ein Überschuss (177 Mrd. €), die Dienstleistungen ein Defizit (22 Mrd. €).

In der „Realwirtschaft“ relativieren sich diese Zahlen insofern erheblich, als die „Aus- und Einfuhren“ in den EU-Raum als gemeinsamen Markt keinen „Außen-Charakter“ mehr besitzen. Mit 63,6 % (fast zwei Dritteln) ist die EU an unseren Ausfuhren beteiligt, der Einfuhr-Anteil aus der EU beträgt 58,4 %. Erst unter Berücksichtigung dieses Binnenmarkt-Austausches ergibt sich ein realistisches Bild der Außenhandelsbeziehungen: Die „bereinigte“ Export – bzw. Importquote beträgt dann nur noch 18,3 % bzw. 15,2 % (alle Zahlen für 2008).

2. Seit der 1. Ölkrise zu Beginn der 70er Jahre und den folgenden Umbrüchen und Krisen in der Wirtschaftsentwicklung mit ihren destabilisierenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gilt Vollbeschäftigung nicht mehr als selbstverständlich. Immer wieder wurde und wird daher der Ruf laut, vor allem an die Politik gerichtet, nach *Förderung der Wachstumskräfte*, um Arbeitsplätze zu sichern oder neue zu schaffen (siehe gegenwärtig das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“!). - Dabei ist inzwischen deutlich geworden, dass zwischen Wirtschaftswachstum einerseits, Wohlstand und Beschäftigung andererseits kein eindeutiger Wirkungszusammenhang mehr besteht. In einer Wirtschaft, deren *Beschäftigungsstrukturen durch die Dynamik von Globalisierung und Technisierung* (vor allem IT) ständigen Änderungen unterliegen mit der Folge zunehmender Arbeitsplatzrisiken und sozialer Verunsicherung, bedarf es auf Seiten des Faktors Arbeit zunehmender Flexibilität und ständiger Qualifizierung, um in den Beschäftigungsprozess integriert zu bleiben.

3. Damit gewinnen die *Bildungsausgaben und die Qualität des Bildungswesens* an strategischer Bedeutung für die Beschäftigung – und die globale Wettbewerbsfähigkeit. Berücksichtigt man zudem die *demographische Schrumpfung und Überalterung in unserer Gesellschaft*, wird ein leistungsfähiges Bildungssystem, das durch Fordern und Fördern alle Potentiale und Talente ausschöpft und zum lebenslangen Lernen befähigt, unverzichtbar für die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu bedarf es erheblicher Bildungsanstrengungen: sowohl in finanzieller Hinsicht wie auch hinsichtlich struktureller Reformen, die vor allem auch verhindern müssen, dass durch schichtenspezifische *Bildungsdefizite soziale Spannungspotentiale* mit erheblichen sozialen Kosten entstehen. Heute wachsen bei uns 2,5 Mio Kinder in einem sozialen Randgruppen-Milieu auf. Sie bedürfen einer besonderen Betreuung und Förderung - von Kinderhort über Kindergarten und Ganztagschule -, um die notwendigen Bildungsabschlüsse und Sozialkompetenzen zu erwerben, die berufliche Qualifikation und gesellschaftliche Integration ermöglichen. Es ist zudem für den *gesellschaftlichen Zusammenhalt* nicht hinnehmbar, dass ein großer Teil der Hauptschüler keinen Schulabschluss erreicht, während die Nachwuchsführungskräfte sich zu mehr als drei Vierteln aus den „traditionellen“ Bildungsbürgerschichten rekrutieren. - Deutschland mit Bildungsausgaben von 6,2 % am BIP (2006) liegt erheblich hinter anderen OECD-Ländern zurück. Die Bundesregierung hat sich

daher die 10 %-Marke als Ziel gesetzt. Die Zuständigkeit für Bildung liegt jedoch wesentlich bei den Bundesländern und Gemeinden, die aber nur über einen sehr begrenzten finanziellen Spielraum verfügen.

4. Gegenwärtig können in Deutschland 50.000 Ausbildungsstellen nicht mit qualifizierten Bewerbern besetzt werden. Laut jüngster *Prognos-Studie* werden bereits im Jahr 2015 fast 3 Millionen Arbeitskräfte fehlen: davon ca. 1 Mio Fachkräfte mit Hochschulabschluss, 1,3 Mio Mitarbeiter mit beruflichen Abschluss und ca. 550.000 Arbeitskräfte ohne Berufsausbildung. Hinsichtlich der Entwicklung der Altersstruktur wird in der Bevölkerungsstatistik mit folgender Entwicklung gerechnet: Während die Jugendquote (Anteil der bis zu 20-Jährigen bezogen auf die „Erwerbsjahrgänge“ von 20 bis 60) von 2005 bis 2030 nur geringfügig von 36 % auf 35 % zurückgeht, steigt die Altenquote (Anteil der über 60-Jährigen bezogen auf die Jahrgänge 20 – 60) von 45 % auf 75 %. Bis 2050 erhöht sich diese sogar auf 85 %. Das hat, verschärft durch die weiter zunehmende Lebenserwartung, *einschneidende Folgen für die Alterssicherung*: so wird sich die Lebensarbeitszeit verlängern müssen, was eine längere Lern- und Berufsfähigkeit voraussetzt, und das Renteneintrittsalter muss weiter hinausgeschoben werden – „Rente 67“ ist damit erst der Beginn eines wohl schmerzhaft werdenden Anpassungsprozesses. In der Arbeitswelt werden damit zukünftig neben der Flexibilität und Spontaneität der Jugend *Wissen und Lebenserfahrung der Älteren* zu gleichwertigen Qualifikationen.

Vor dem Hintergrund eines knapper werdenden Arbeitskräftepotentials gilt es auch, für die Frauen verbesserte Bedingungen für die *Vereinbarkeit von Familie und Beruf* zu schaffen. Hier sind nicht zuletzt auch die Unternehmen gefordert, insbesondere hinsichtlich der Notwendigkeit, verstärkt das fachliche wie auch das Führungspotential der Frauen zu nutzen.

5. Die sich auch in Deutschland andeutenden Tendenzen zu sozialen Disparitäten müssen ernst genommen werden. Folgende Zahlen (2005) weisen auf diese Problemlage hin: Fast ein Achtel aller Deutschen ist *armutsgefährdet*, bei den Bürgern mit Migrationshintergrund beträgt der Anteil fast 30 %, Arbeitslose sind zu 43 %, Alleinerziehende zu 26 % vom Armutsrisiko betroffen. Bei den Arbeitseinkommen verfügt das oberste Zehntel über einen Anteil von 28,4 %, die folgenden Zehntel über 17,8 %, 14,4 %, 11,8 %, 9,8 %, so dass auf die obere Hälfte aller Arbeitnehmer 82,2 % aller Arbeitseinkommen entfallen. - Auch die *Vermögensverteilung* zeigt ein ähnliches Bild: 27 % aller Haushalte haben kein Vermögen bzw. sind verschuldet, auf das obere Zehntel entfallen 60 % aller Vermögen, auf das folgende Zehntel 20 %. Die ärmeren zwei Drittel verfügen über weniger als 10 %.

6. Insgesamt wird damit deutlich, dass *Bildung, Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen* entscheidende „weiche“ *beschäftigungsintensive Wachstumssektoren der Zukunft* sein werden, wenn in der Gesellschaft Wohlstand und Lebensqualität gesichert werden soll.

7. Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung sind auch mit erheblichen *Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands* verbunden. Vor allem im Osten, entstehen Entleerungsräume – mit Chancen zur Renaturierung. Insgesamt ergibt sich ein erheblicher *Druck zur Anpassung und Umgestaltung der Infrastruktur* (z. B. Stadtentwicklung, Raumordnung, Verkehrswesen), einschließlich der politischen (Gemeinde-, Kreis- und Länderreform), eine Herausforderung, die bisher kaum wahrgenommen, geschweige, denn angepackt wird.

8. Wirtschaften zielt jedoch nicht nur auf die Bereitstellung möglichst vieler Güter und Dienstleistungen, sondern Wohlstand als Voraussetzung für gesellschaftliche und politische Stabilität bedingt auch eine als *gerecht empfundene Teilhabe am Wirtschaftsprozess und an der Verteilung von Gütern und Dienstleistungen*, wie es den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft entspricht. In dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hat die Politik nicht nur den für die Marktprozesse

unverzichtbaren Ordnungsrahmen zu setzen und für das Gemeinwohl wichtige Dienstleistungen sicherzustellen, sondern sie greift auch aktiv in den Verteilungsprozess ein mit dem Ziel sozialen Ausgleichs und Friedens.

9. Stets hat es eine kontroverse Auseinandersetzung darüber gegeben, wie viel Staat benötigt wird, um die oben geschilderten Aufgaben hinlänglich wahrzunehmen. Weit verbreitet und allgemein akzeptiert galt lange Zeit die Formel, mit der Karl Schiller 1958 die Wende der SPD mit dem „Godesberger Programm“ zur Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft einleitete: *Soviel Freiheit und Markt wie möglich, soviel Regulierung und Eingriffe des Staates wie nötig!* – und zwar in einer Interpretation, die dem Staat in Wirtschaft und Gesellschaft einen hinreichenden Gestaltungsspielraum, in Deutschland im Rahmen des „rheinischen Kapitalismus“, überließ.

10. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus, der auch als Sieg des Kapitalismus gefeiert wurde, kam es dann zur „neo-liberalen“ *Offensive (der Neo-Cons) aus dem angelsächsischem Raum* - mit der klaren Botschaft, dass Wohlstand und Fortschritt im wesentlichen nur durch die Marktkräfte, gestärkt durch eine Deregulierung der Märkte, sowie durch den Abbau von Staatsaufgaben mittels Privatisierung und einer geringerer Belastung der Leistungsträger durch Steuern und Abgaben zu erreichen sei. Und, vor dem Hintergrund der zunehmenden weltwirtschaftlichen Vernetzung galt es, diese Aufgabe im internationalen Maßstab anzupacken und umzusetzen, wie es dann im „Washington Consensus“ (1990) auch geschah.

11. Besonders verhängnisvoll hat sich diese „*Doktrin des freien Spiels um fast jeden Preis*“ in dem sich öffnenden Feld schwer zu regulierender und zu kontrollierender internationaler Finanzmärkte ausgewirkt. Das *globalisierte „Finanz-Kasino“*, im Exzess getrieben von purer Gier gepaart mit krimineller Energie, hat die Realwirtschaft mit weltweiten Auswirkungen in eine bis vor kurzem noch unvorstellbare Krise getrieben mit unabsehbaren Kosten und Risiken, vor allem auch für die Wachstumsperspektive. Und immer gibt es noch kein schlüssiges internationales Konzept, um durch eine wirksame „Einhegung“ der Finanzmärkte eine Wiederholung vergleichbarer Vorgänge zu verhindern. Zur *Neuordnung der Finanzmärkte mit wirksamen Kontrollmechanismen* werden inzwischen Maßnahmen erwogen und zunehmend in Wissenschaft und Politik auch als unumgänglich angesehen, deren Einführung bis vor kurzem noch völlig undenkbar war. Das macht deutlich, wie schwerwiegend die gegenwärtige weltweite Finanzkrise bewertet wird, nicht zuletzt hinsichtlich der Gefahr einer möglichen Wiederholung, wofür es manche Anzeichen gibt, einerseits wegen mangelnder Einsicht vieler Finanzakteure, zum anderen tut sich die Politik schwer, sich auf ein schlüssiges Konzept zu einigen. Allen Beteiligten muss jedoch klar sein, dass die Weltwirtschaft die nächste Krise nicht überleben wird. In der Diskussion zur Neuordnung der Finanzmärkte finden sich folgende Forderungen:

- alle Finanzinstitute und Finanzinstrumente werden einer Aufsicht unterstellt
- Verbot „toxischer“ Finanzpapiere („spekulative Derivate“)
- für alle Finanzinstitute werden Eigenkapital-Minima festgelegt
- Verstärkter Haftungsbezug von Manager-Gehältern und Boni
- Kontrolle von Finanz- und Steuer-Oasen
- Besteuerung von Finanztransaktionen („Tobin-Steuer“)
- Verstaatlichung von Banken.

Besondere Herausforderungen ergeben sich dabei für die EU, die als Währungsunion durch die Verwerfungen der internationalen Finanzkrise gezwungen wird ein kostspieliges finanzielles Programm zur Stabilisierung des EURO aufzulegen, das aber nur Erfolg haben kann, wenn gleichzeitig auch wichtige Schritte zur Herausbildung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik unternommen werden – ohne die Europa ohnehin nicht sein politisches, wirtschaftliches

und kulturelles Potential zum Nutzen seiner Bürger und der immer enger werdenden Weltgemeinschaft entfalten kann.

12. Der *finanzielle Gestaltungsspielraum der Politik* ist durch die extrem hohen Belastungen für die Stabilisierung der Finanzmärkte, einschließlich des hohen Aufwandes zur Linderung der negativen realwirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise, einschneidend betroffen worden. Die Aufbringung der dafür erforderlichen öffentlichen Finanzmittel, in einer bisher völlig unvorstellbaren Dimension von Hunderten von Milliarden \$ bzw. €, konnte nur durch eine ebenso *unfassbare öffentliche Verschuldung* sichergestellt werden, die den finanziellen Spielraum der öffentlichen Haushalte durch zusätzliche Zinslast und Tilgung einengt – und das in einer Situation, in der die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand aufgrund des tiefen Konjunkturerinbruchs dramatisch zurückgehen, während die Anforderungen an die Sozialhaushalte krisenbedingt erheblich ansteigen. Damit wird nicht nur die soziale Stabilität gefährdet, sondern der Staat kann auch die für die Lebensqualität und das Gemeinwohl so wichtigen Dienstleistungen von Bildung, Kunst und Kultur sowie Gesundheit immer weniger erfüllen. Vor allem Städte und Gemeinden sind von der finanziellen „Ausblutung“ betroffen.

Die *öffentliche Verschuldung in Deutschland* betrug Ende 2008 rund 1,5 Billionen €, auf den Bund entfielen 956 Mrd. €, auf die Länder 482 Mrd. €, auf die Gemeinden 78 Mrd. €. Mit 47 Mrd. € ist der Schuldendienst im Bundeshaushalt inzwischen nach den Zuschüssen für die Soziale Sicherheit in Höhe von 153 Mrd. € die größte Ausgabenposition (Haushalt 2010).

13. Was ist in diesem Zusammenhang von der *heute erhobenen Forderung zu halten, dass wir weniger Staat benötigen*, was u. a. eine geringere Belastung durch staatliche Abgaben einschließt, vor allem bei den „Leistungsträgern“? Mit der Begründung, dass dadurch doch wiederum Impulse für das Wachstum gegeben würden - mit der Folge einer Zunahme des Steueraufkommens und der Entlastung der Sozialhaushalte!

„*Thatcherism*“ und „*Reaganomics*“, die dieser Maxime besonders huldigten, haben nicht zum Erfolg geführt. In Zusammenhang mit der Senkung der Unternehmenssteuern und der Möglichkeit, „Steuer-Oasen“ zu nutzen, entstand im Globalisierungsprozess ein *Wettlauf nach immer niedrigeren Steuersätzen*, der letztlich dazu zwang, Staatsausgaben zu senken und wichtige Infrastrukturmaßnahmen wie auch öffentliche Dienstleistungen einzuschränken bzw. diese zu privatisieren in der Gewissheit, dass die privatwirtschaftliche Lösung effizienter sei. Das ist jedoch in vielen Fällen nicht eingetreten, da die „unternehmerischen Anbieter“, unter dem (eher kurzfristigen) Kapitalmarkt-Rendite-Druck stehend, dem Gemeinwohl verpflichteten Charakter der anzubietenden Leistungen nicht hinreichend Rechnung tragen konnten bzw. wollten. Inzwischen wird auch zunehmend erkannt, dass der Staat in weiten Bereichen über eine leistungsfähige Verwaltung verfügt – und, eine Betrachtung der „Leistungsbilanz/Performance“ von Management-Fähigkeiten und -entscheidungen zeigt, dass die von ihnen häufig verursachten gesamtwirtschaftlichen Kosten nicht dem Attribut der „schöpferischen Zerstörung“ entsprechen.

Besonders die Akteure an den Finanzmärkten, mit den lange Zeit bewunderten „Hochburgen“ New York und London, die mit ihren „innovativen Finanzdienstleistungen“ erheblich zur „Blasen-Wertschöpfung“ ihrer Volkswirtschaften beigetragen haben, sind ihrer unternehmerischen Verantwortung in einer auch dem Gemeinwohl verpflichteten Marktwirtschaft nicht gerecht geworden. Die immensen Kosten und die gesamtwirtschaftlichen Belastungen der Finanzkrise tragen insbesondere die armen Gesellschaftsschichten und die armen Länder in der Weltwirtschaft, während die „Blasen-Wertschöpfung“ mit ihrer einseitigen und in der Größenordnung nicht vertretbaren „Entlohnung“ an die Finanzakteure zur weiteren Verzerrung der Einkommensverhältnisse geführt hat. Zudem hat diese unproduktive, ja kontraproduktive Aufblähung der Finanzbranche mit ihrer Attraktivität für qualifiziertes Personal eine erhebliche Fehlleitung von Humankapital zur Folge:

weniger „spekulativ-innovative“ Banker, dafür mehr engagierte und qualifizierte Pädagogen und Mediziner, hätten unserer Gesellschaft gewiss einen besseren Dienst erwiesen!

14. *Großbritannien und die USA*, so in eigener kritischer Sicht, empfinden sich heute als *Gesellschaften mit erheblichen Defiziten*, sowohl in der Qualität der Infrastruktur wie auch im hinreichenden Angebot wichtiger öffentlicher Dienstleistungen, was entscheidend mit zu wachsenden sozialen Spannungen führt. Insgesamt ergibt sich dort inzwischen eine Lebensqualität, die z. B. für die deutsche und viele Gesellschaften in Europa kaum tragbar wäre. Noch können die USA damit leben, dass fast 50 Mio Bürger nicht einmal über eine medizinische Grundversorgung verfügen und ein Sechstel der Bevölkerung nicht hinreichend mit Nahrungsmitteln versorgt sind. Gerade am Beispiel der USA und Großbritannien begründen *Richard Wilkenson und Kate Pickett* faktenreich und überzeugend in ihrem Buch „Gleichheit ist Glück – warum gleichere Gesellschaften für alle besser sind“ (Tolkemit-Verlag). Ungleichheit macht nicht nur krank, sondern setzt den Menschen auch einem Stress durch Statusangst aus mit psychosozialen Negativfolgen.

15. In Zusammenhang mit der vielfach erhobenen Forderung, dass wir einen „schlankeren Staat“ benötigen, stellt sich die Frage, wie steht es eigentlich um den „*Staatseinfluss*“ in Deutschland? - Ein Hinweis darauf gibt die *Staatsquote*, d. h. der Anteil der gesamten Einkommen, der über die öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger) fließt. Lag diese Quote 1996 bzw. 1997 noch bei 49,3 % bzw. 48,1 %, so verringerte sie sich 2007 bzw. 2008 auf 41,9 % bzw. 43,9 %. Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise ist diese dann 2009 wieder auf 48,0 % angestiegen, da das BIP in diesem Jahr um 5,3 % schrumpfte, die öffentlichen Ausgaben sich aber krisenbedingt, vor allem in Sozialbereich, erhöhten. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist ebenfalls rückläufig: 1991 waren es noch 6,7 Mio mit einem Anteil von 15,8 % Teilzeit-Beschäftigten 2006 waren nur noch 4,5 Mio im öffentlichen Dienst beschäftigt mit einem Anteil von Teilzeit-Beschäftigten von 30,2 %. Es kann also keine Rede davon sein, dass der Staatseinfluss gestiegen sei!

Rund zwei Drittel aller öffentlichen Ausgaben entfallen allein auf die *Sozialleistungen*, die zu einem Drittel von den Beiträgen der Arbeitgeber, zu 26,5 % aus den Beiträgen der Versicherten und zu 38,6 % aus Staatszuschüssen finanziert werden.

Bei der *Steuerbelastung* zeigt sich, dass Deutschland mit einer *Steuerquote* von 22,5 % (2008) zu den Ländern mit einer insgesamt niedrigen Steuerbelastung gehört. Von den Gesamteinnahmen in Höhe 561 Mrd. € belasten folgende Steuern die *Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen*, die 660 Mrd. € betragen:

Veranlagte Einkommensteuer	32,7 Mrd. €
Kapitalertragsteuer	30,0
Körperschaftsteuer	15,9
Vermögensteuer	- 7,0 Rückzahlung
Gewerbsteuer	41,0 * (wesentliche Finanzierungsquelle der Gemeinden)
Grundsteuer	10,8 *

Insgesamt zeigen diese Zahlen, dass die Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen durch diese Steuern in Höhe von 122 Mrd. € nicht als übermäßig gelten können. Ferner gilt es zu berücksichtigen, dass Einkommen aus diesem Bereich zum Teil auch Nicht-Selbständigen und Arbeitnehmern zufließen, auf die damit auch ein Teil dieser Steuerlast entfällt.

Das oberste Zehntel der *Einkommensteuerpflichtigen* erbringt zwar 51,8 % des Aufkommens, die effektive Steuerbelastung liegt jedoch nur bei 23,8 %. Für die folgenden Zehntel gilt:

Aufkommen	effektive Belastung
16,4 %	17,8 %
11,3 %	15,2 %
8,3 %	13,1 %

Eine stärkere Steuerbelastung ergibt sich jedoch für die „*Massen-Einkommen*“, zu dem die Einkommen aus unselbständiger Arbeit (2008 1224 Mrd. €) und die Transfereinkommen (2008 ca. 650 Mrd. €) mit insgesamt 1875 Mrd. € gezählt werden können. Hier schlagen wesentlich die Lohnsteuer mit 142 Mrd. € und die Umsatzsteuer mit 176 Mrd. € zu Buche, zusammen mit den Verbrauchsteuern summiert sich die gesamte Steuerbelastung auf mindestens 400 Mrd. €. Nimmt man noch die Abzüge in Höhe von 170 Mrd. € hinzu, die die „*Masseneinkommensbezieher*“ in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen, dann ergibt sich eine Belastungsquote von mehr als 30 %.

Bei der Diskussion hinsichtlich einer angemessenen und „gerechten“ Steuerbelastung darf nicht vergessen werden, dass eine in den Steuersätzen höhere Belastung der höheren Einkommen auch insofern vertretbar ist, als die auch mit ihren Steuern finanzierten staatlichen Gemeinschaftsleistungen die gesellschaftlich-politische Stabilität und Entwicklung sicherstellen, von der sie als „Leistungsträger“ besonders profitieren. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird nicht zuletzt auch dadurch gesichert, dass in einer progressiven Steuerbelastung das gemeinschaft-stiftende Konzept der Solidarität ihren Ausdruck findet.

17. In Hinblick auf die *Wachstumschancen unserer Wirtschaft* stellen sich inzwischen mehrere Fragen:

Inwieweit wird der *Weltmarkt* zukünftig weiterhin Spielraum für das Wachstum der deutschen Wirtschaft bieten, der 2008 47, 3 % aller in Deutschland erstellten Güter (Anteil 85 %) und Dienstleistungen (15 %) aufnahm? Führend mit einem Auslandsumsatz von 225 Mrd. € war der Fahrzeugbau, gefolgt vom Maschinenbau (128 Mrd. €), der chemischen Industrie (94 Mrd. €), der Elektrotechnik/Elektronik (89 Mrd. €), der Metallerzeugung (71 Mrd. €) und dem Ernährungsgewerbe (27 Mrd. €).

Regionaler Schwerpunkt der deutschen Ausfuhren mit einem Anteil von fast zwei Drittel ist die EU, mit den USA sind es mehr als 70 %. Wie steht es dort um die Wachstumsaussichten? Wird der Fahrzeugbau seine Bedeutung halten können? Wie steht es um die Zukunftschancen für Chemie und Metallerzeugung? Werden diese Produktionen nicht stärker in die Wachstumsmärkte (China, Indien, Brasilien u. a.) ausgelagert werden müssen? Wo sind neue Felder wissens- und forschungsintensiver Technologien (Gesundheit u. a.), in denen insbesondere mittelständische Firmen aktiv sind?

Ist eine *stärkere Fokussierung auf die Binnennachfrage* notwendig und möglich? Mit welchen Nachfragestrukturen ist überhaupt an den Märkten bei einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung zu rechnen? – Werden Bildung, Gesundheit, Pflegeleistungen, Kunst und Kultur die prägenden post-materiellen neuen Märkte sein?! – Diese „weichen“ Fragen finden inzwischen zunehmend Eingang in die Diskussion unter Ökonomen und Managern, selbst die Perspektive eines „Null-Wachstums“ ist keine Tabu mehr!

18. Die *Warnung des Club of Rome aus dem Jahre 1972*, dass den materiellen Ansprüchen der Menschheit angesichts endlicher Naturressourcen Grenzen gesetzt sind, lange Zeit nicht wahrgenommen, wird heute weitgehend akzeptiert - angesichts der sichtbar werdenden und zu erleidenden Folgen einer immer stärkeren und umfangreicheren Naturzerstörung und Ressourcen-Raubbaus. Dieses zeigt sich in der Zerstörung fruchtbaren Bodens mit bedrohlichen Auswirkungen für

die weltweite Ernährung. Existenz bedrohend für immer mehr Menschen wirken sich auch die Zerstörung von Trinkwasser-Reserven, die Verschmutzung und Überfischung von Flüssen und Ozeanen, die Gefährdung der Artenvielfalt sowie die Klimaschäden aus. Angesichts der übergroßen materiellen Ansprüche aus den aufstrebenden Massenmärkten des „Südens“ wird sich diese Ressourcenlage weiter verschärfen. Das schließt auch die endlichen Rohstoff- und Energie-Ressourcen ein, um deren Ausbeutung heute bereits ein Wettlauf, wenn nicht gar destabilisierende machtpolitische Auseinandersetzungen, stattfinden.

Wir benötigen dringend eine *technologische Effizienz-Revolution in der Ressourcennutzung* wie auch die *Einführung immateriell-orientierter Lebensstile*. Das verlangt eine grundlegende Änderung von Strukturen und Prozessen in Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu gibt es inzwischen eine breit angelegte Diskussion mit der grundlegenden Frage, wie eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft vorzustellen und zu gestalten sei. Inzwischen zunehmend auch in der Ökonomie, sowohl in den Wirtschaftswissenschaften wie auch in Unternehmenskreisen - bis vor kurzem kaum denkbar, war man dort doch überwiegend immer noch den konventionellen Wachstumsvorstellungen verhaftet. Der gerade von *Ernst Ulrich von Weizsäcker* veröffentlichte Bericht an den Club of Rome „*Faktor Fünf – Die Formel für nachhaltiges Wachstum*“ (Droemer/Knauer) bietet dazu ein überzeugendes Konzept. Es zeigt, dass durch eine Steigerung der Ressourcenproduktivität - für die uns eine Vielfalt technologischer Innovationen zur Verfügung steht - und durch die Einführung einer „genügsamkeitsorientierten Kultur“, sich ein „Wachstumsfaktor 5“ eröffnet, der einer bis 2050 noch weiter auf 9 – 10 Milliarden wachsenden Menschheit eine nachhaltige Lebensweise ermöglicht.

Entscheidend wird sein – und dafür gibt es erfreulicherweise zunehmend Anzeichen, dass sich in der *Wirtschaft* die Erkenntnis durchsetzt, dass die *Märkte der Zukunft* „grün“ sind, dass es gilt, so schnell wie möglich ressourcen-schonende Technologien und Produkte zu entwickeln und zur Marktreife zu führen. So wird im Energiebereich inzwischen von vielen wichtigen Energie-Akteuren die Notwendigkeit der Nutzung erneuerbarer Energien (vor allem Sonne und Wind) anerkannt. Als Beispiel sei angeführt das vom Club of Rome initiierte DESERTEC-Projekt, mit dem das unerschöpfliche Solar-Potential der Wüsten durch solar-thermische Kraftwerke zur sauberen Stromgewinnung und zur Meereswasser-Entsalzung genutzt werden kann, kombiniert mit dem riesigen Windkraftpotential in den Küstenregionen(SEATEC-Initiative). Die erforderlichen Techniken für Produktion und Übertragung sind vorhanden und ausgereift - und 95 % der Menschheit hätte Zugang zu dieser sauberen Energie! Damit wäre auch ein entscheidender Beitrag zur Abwendung der Klimakatastrophe möglich!

Insgesamt müssen die hoch entwickelten Wirtschaften und Gesellschaften als Pioniere diese nachhaltigen Technologien und Lebensstile möglichst schnell zum Durchbruch zu verhelfen, damit diese auch in den Massenmärkten des wirtschaftlich aufstrebenden „Südens“ zur Anwendung kommen. Gerade für die deutsche Wirtschaft, führend in vielen Bereichen umwelt-orientierter Technologien, ergibt sich hier eine besondere Verantwortung, aber auch die Chance eine starke Marktstellung ein zunehmen.

Ebenfalls die *Politik* muss dazu ihren steuernden und ordnenden Beitrag leisten - aufgrund der globalen Dimension der Herausforderung muss das im Wesentlichen *auf internationaler Ebene* geschehen. Dem stehen aber immer noch große Schwierigkeiten und Widerständen entgegen, wie wieder die Klima-Konferenz in Kopenhagen gezeigt hat. Aber auch die *Zivilgesellschaft* gewinnt in den Fragen einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung gerade auf der internationalen Ebene zunehmend an Bedeutung. Ebenfalls in den USA kommen wesentliche Anstöße von der „Ökologie-Basis“.

Hamburg, April 2010